Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis monatlich 50 ₰, ¼jährl. 1.50 ℳ frei ins Haus. Durch die Post bezogen 1.65 ℳ

„Die Neue Welt" (Unterhaltungsbeilage), durch die Post nicht beziehbar, kostet monatlich 10 ₰, ¼jährlich 30 ₰.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Naumburg-Weißenfels-Zeitz, Torgau-Liebenwerda und die Mansfelder Kreise.

Insertionsgebühr beträgt für die 5gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 ₰, für Wohnungs-, Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 ₰. Im redaktionellen Teile kostet die Zeile 50 ₰.

Inserate für die fällige Nummer müssen spätestens bis vormittags ½10 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Eingetragen in die Postzeitungsliste unter Nr. 7083.

Telephon-Nr. 1047

Redaktion und Expedition: Geiststraße 21, erster Hof parterre rechts.

Telephon-Nr. 1047.

Telegramm-Adresse: Volksblatt Hallesaale.

Nr. 196. Halle a. S., Dienstag den 24. August 1897. 8. Jahrg.

Die Verteuerung des Lebensunterhalts.

II.

L. Aber noch ein anderer Umstand trägt zur Verteuerung der Lebensbedürfnisse bei: die Entwertung des Geldes.

Geld ist nämlich auch eine Ware, deren Wert schwankt. Geld wird erzeugt und abgesetzt, Geld wird verborgt, geborgt, gekauft; Geld ist bald leichter zu haben (also billig), bald schwerer (also teuer).

Maße und Gewichte bleiben unverändert, oder ihr ursprünglicher Begriff kann jederzeit hergestellt, festgestellt werden. Zum Wertmaße (Geld) hat man von jeher eine Ware (Edelmetalle, Metalle) ausgewählt, die sich vor allem durch verhältnismäßige Unveränderlichkeit auszeichnet. Aber diese Edelmetalle wachsen zu Zeiten reißend schnell an, ungleich schneller als die Menschheit sich vermehrt. Daher ein Mißverhältnis, eine Entwertung: für Gold sind in ungeahnter Menge neue Lagerstätten in Kalifornien, Australien, Südafrika aufgefunden worden; Silber wird besonders in Nordamerika in vervielfältigtem Maßstabe erzeugt; die Erzeugungsweise ist weit besser, die Beförderungs- (Transport-)mittel riesig ausgedehnt.

Hand in Hand ging damit die Zunahme der Geldersatzmittel (Staatspapiere, Banknoten u.a.). Und nur zu geringerem Teile wird diese fortschreitende Geldentwertung dadurch ausgeglichen, daß die Geldwirtschaft sich mehr und mehr in eine Reihe von Verhältnissen hinein ausbreitet, wo man sich bisher mit Naturerzeugnissen als Tauschgegenstand begnügte, so daß also ein Neubedarf an Geld eintrat.

Das Geld hat sich also, wenigstens für England, Frankreich und Deutschland, stark entwertet, d. h. für einen Thaler kauft man nicht mehr so viel von irgend einer Ware bestimmter Güte als vor dreißig Jahren, oder mit anderen, ungenauen Worten: „alles" ist teurer geworden.

In welchem Maße diese Entwertung stattgefunden, läßt sich immer nur für gewisse, beschränkte Gegenden, und für besondere Schichten des Verkehrs feststellen. Nicht nur in verschiedenen Ländern und an verschiedenen Orten desselben Landes, sondern auch an jedem Orte tritt die Verschiebung des Geldwertes mit ganz verschiedener Schnelligkeit ein. Der große Warenverkehr der Börsen verhält sich durchaus anders als der für die große Masse der Verzehrer (Konsumenten) entscheidende Verkehr des Kleinverkaufes; große Städte anders als kleine; See- und Handelsstädte anders als Binnen- und Landstädte.

Der Lebensunterhalt ist also in den letzten Jahrzehnten und Jahren teurer geworden, d. h. zunächst: die große Masse der für den Haushalt gebrauchten Gegenstände ist erheblich im Preise gestiegen.

Aber auch die Kosten des Lebensunterhaltes sind in neuester Zeit wesentlich teurer geworden!

Das klingt, als sei es ganz dasselbe, wie jener Vordersatz. Aber es klingt eben nur so; in Wirklichkeit ist es etwas anderes. Und daß es etwas anderes ist, beweist, wie wenig klar in solchen Dingen zu sehen wir uns gewöhnt haben: die Sache ist nicht so einfach, wie man nach der Lebhaftigkeit und . . . . Leichtfertigkeit erwarten sollte, mit der darüber geredet zu werden pflegt. Es heißt einfach: wir brauchen mehr; wir haben mehr, glücklicherweise ungleich mehr Bedürfnisse als früher. Und darum leben wir in zweiter Linie teurer.

Unsere Lebensansprüche haben sich geändert, sie haben sich erhöht. Der Arbeiter weiß jetzt, oder fängt an zu wissen, daß die Güter des Lebens nicht für den zahlenden (womit zahlenden? doch mit den Arbeitergroschen zahlenden) Ausbeuter, sondern in erster Linie für ihn selbst, weil durch ihn erzeugt werden. Die Entwickelungsreihe: Not, Bedürfnis, Annehmlichkeit des Entbehrlichen, Aufwand des Ueberflüssigen („Luxus") ist auch für den Arbeiter da. Zu den elementaren Bedürfnissen treten „Anstands"bedürfnisse. Anstelle kümmerlicher Lebensfristung tritt bewußter freudiger Lebensgenuß.

An die Stelle der Höhle, im Keller, in feuchten, sonnelosen Höfen, unter unersteiglichen Dächern tritt die geräumige, sonnige Heimstätte, aus der uns der Geist der deutschen Frau entgegenweht; das Heim, aus dem uns Lebensfreudigkeit entgegenleuchtet, wie uns der Himmel aus den trauten Augen eines glücklichen Menschenkindes (gleichviel wes Alters) entgegenlacht.

An die Stelle der Kost des italienischen Arbeiters oder des polnischen Sachsengängers: Brot, Käse, Wurst, Schnaps ist Fleisch, Braten, Bier, Most, Wein getreten. Und wenn ein Sonderling ohne Alkohol, vielleicht gar ohne Fleisch lebt, so mag er es, und sein Gold für andere Genüsse bereit stellen; nur muß er nicht entbehren müssen.

Es gab eine Zeit, und im Osten und Süden ist sie zum Teil noch nicht überwunden, wo der Arbeiter barfuß, in zerrissenem Kittel aus der Fabrik über die Straße ging. Wer barfuß gegen will, oder seine Kinder verständigerweise aus Gesundheitsrücksichten barfuß gehen läßt, der mag es. Nur soll die Not ihn nicht zwingen; es soll freie Wahl sein: Zwang ist Gift; jeder Zwang ist Unnatur.

Die Art des Wohnens, des Essens, der Kleidung, der Geselligkeit und des Austausches der Gastlichkeit, des Vergnügens und des Genusses ist eine andere geworden, und muß noch ganz anders werden: Vergnügen ist eben mehr als genug.

Die Sitte, die vernünftige, natürlich gewordene (nicht vorgeschriebene, zopfig diktierte) Sitte ist für Klasse und Stand eine andere geworden; sie muß für alle die gleiche menschenwürdige werden. Nicht darf es in das Belieben des einzelnen gestellt werden in Entsagung, Entbehrung, Bedürfnislosigkeit zurückzusinken, Sonderlinge höchstens ausgenommen, die ja stets ihre Daseinsberechtigung haben mögen; aber auch diese mögen es dürfen, nur dürfen, nicht müssen.

Ein Fortschritt ist bereits da, aber ein ganz geringer, ein ganz ungenügender. Die viel beklagte Verteuerung des Lebensunterhaltes muß noch zunehmen. Wie viel fehlt dem Arbeiter noch! wie viel bleibt ihm noch verschlossen! Was hat er von Kunst und Wissenschaft? was sind ihm Museen, Galerien, Sammlungen? was Haydn, Mozart, Beethoven? was Rafael, Rubens, Rembrand?

Der englische Arbeiter der sich mehrenden Achtstunden Erwerbe steht wesentlich über dem deutschen Arbeiter. Aber er steht noch lange nicht hoch genug: er muß überflügelt werden. Immer neue, natürliche, vernünftige Bedürfnisse müssen auftreten und in das Bereich des Arbeiters gestellt werden. Die Arbeit muß adeln, nicht entwürdigen; sie muß wahre Menschen (nicht „Leute") machen, nicht verlieren. Der Lebensunterhalt kann nicht teuer genug sein, wenn er Lebensfreudigkeit verträgt und schafft. Leben heißt gesund, stark, glücklich sein.

Dazu gehört aber, immer und immer wieder, daß dem Arbeiter der volle Ertrag der Arbeit wird.

Bericht über die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion.

10. November 1896 bis 25. Juni 1897.

II.

Bemerkenswert war die Stellung der Parteien auch bei Beratung unseres Antrages auf Aufhebung der **Majestätsbeleidigungs**paragraphen.

Vorher jedoch eine Bemerkung!

Herr v. Stumm log am 24. Juni 1897 dem preußischen Herrenhause vor, „die Bebel und Konsorten hätten die Frechheit gehabt, im Reichstage zu beantragen, daß die Bestrafung von Majestätsbeleidigungen aufgehoben werden soll." Das sei „eine Dreistigkeit, die jedes glaubliche Maß übersteigt." Ueber den Ton streiten wir nicht, er mag dem Herrenhause, besonders an dem berühmten „Lausbubentag" durchaus angemessen gewesen sein. Für so unwissend halten wir jedoch das Herrenhaus nicht, daß es die inhaltlichen Unwahrheiten des Scharfmachers für bare Münze hätte nehmen können. Herr v. Stumm war allerdings, als es zum Treffen kam, im Reichstage verduftet; das strikte Gegenteil von einem homerischen Helden schimpft er nun, nachdem der Männerkampf vorbei ist. Daß jedoch kein Anlaß zum Schimpfen vorlag, hätten ihm die Reichstagsreden der Nationalliberalen, des Zentrums und die — andächtigen Gesichter zeigen können, mit denen die Konservativen dem Gange der Verhandlungen folgten und die auch nicht eine Spur von Entrüstung verrieten, geschweige denn, daß irgend ein Laut der Empörung über ihre Lippen gekommen wäre. Schrieb doch nach der Debatte über die preußische Vereinsgesetznovelle, in welcher die Person des Monarchen eine viel größere Rolle spielte — „die Rede des Abgeordneten Richter triefte von Majestätsbeleidigungen", äußerte unser Biedermann aus Saarabien, natürlich wiederum hinterher im Herrenhause, während er im Reichstage sich abermals außer Schußweite hielt — das offizielle Organ des Bundes der Landwirte: „Im Reichstage sind auf freisinniger Seite Klänge angeschlagen worden, die wir gern aus anderm Munde vernommen hätten. Vieles von dem, was gesagt wurde, war der Ausdruck einer mächtig anschwellenden Volksstimmung, die weit über die Kreise der „bösen Nörgler" und „Demagogen" hinausgreift."

Doch um auf den sozialdemokratischen Antrag zurückzukommen, so nimmt er den fürstlichen Personen keineswegs jeden Schutz gegen Beleidigungen, sondern er läßt ihnen denselben Schutz, den jeder andere Staatsbürger auch in Anspruch nehmen darf; die Handhabung der Strafgesetze durch unsere Richter würde sogar noch immer zu verhältnismäßig schärferer Beurteilung führen, wenn der Beleidigte sich in höherer Stellung befindet. Wie hat man in Sachsen die Beleidigung eines Schützenkönigs und Stadtrates schon büßen müssen; wie leicht wird dagegen gewöhnlich die Ehre eines Arbeiters befunden! Doch würde es bei ferneren Klagen stets eines Antrages des Beleidigten bedürfen, während jetzt der Staatsanwalt auf jede Denunziation hin in Thätigkeit treten muß. Die Wahrung berechtigter Interessen (§ 193) würde später geltend gemacht werden können, während sie jetzt bei Majestätsbeleidigungen stets wegfällt. Der sozialdemokratische Antrag will also nur den unerhörten Zustand beseitigen, daß ein Monarch fortgesetzt durch Angriffe auf einzelne Personen, ganze Parteien und parlamentarische Mehrheiten zu Gegenäußerungen geradezu herausfordert, aus denen dann strebsame Staatsanwälte immer und immer wieder, auch bei mildester und vorsichtigster Ausdrucksweise, den Strick zu einem Majestätsbeleidigungsprozeß zu drehen versuchen. Unser Redner äußerte hierzu mit Recht:

„Im Jahre 1889 hieß es aus fürstlichem Mund:

Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.

M. H., das ist eine Auffassung, die weit verbreitet ist, sie wird uns alle Tage vorgeworfen; neuerdings freilich gehören auch noch andere Leute zu den Vaterlandsfeinden (sehr richtig! und Heiterkeit links), oder zu den vaterlandslosen Gesellen, was ungefähr auf dasselbe hinauskommt. Das ist eine beleidigende Aeußerung, die wir alle Tage von unseren Feinden hören. Aber wir wehren uns auch gegen diese Feinde, die uns das sagen, und damit sind wir zufrieden. Wir sind die Letzten, die jemandem die Freiheit, seine Meinung zu äußern, sei sie uns noch so unangenehm und unbequem, wehren wollen. M. H., daß wir unsere Feinde nicht fürchten, dafür sind Sie die lebendigen Zeugen. Noch nie ist eine Verhandlung in diesem Hause gewesen, die sich gegen uns richtete, wo nicht die Sozialdemokratie ihren Mann gestellt hätte und allezeit stellen wird. Daß wir also unseren Mann zu stellen im stande sind und uns nicht fürchten, auch da, wo die große Mehrheit gegen uns ist, haben wir bewiesen; aber wir verlangen dennoch, daß, wenn man uns attackiert und uns Beleidigungen ins Angesicht schleudert, wir auch das einfachste und natürlichste Menschenrecht haben, auf diese Beleidigungen die entsprechende Antwort zu geben. Das ist einfach selbstverständlich, aber heute nicht möglich.

Dazu tritt heute die scheußliche Erscheinung, daß elendeste, niedrigste Rachsucht irgend welche unüberlegte Aeußerung aufgreift, nur um eine verhaßte Person ins Unglück zu stürzen. Selbst der preußische Justizminister hat dies als einen Krebsschaden anerkannt, aber die Staatsanwälte dürfen teils solche Eingaben nicht ohne Folgen lassen, teils treibt sie ihre Gesinnung und ihre Abhängigkeit geradezu zu möglichst schneidigem Vorgehen. Schließlich hat die Heranziehung des dolus eventualis — wie im Falle Liebknecht, aber auch gegenüber Verlegern und Druckern — dem Begriff der Majestätsbeleidigung eine Tragweite gegeben, die früher niemand geahnt oder gar gewollt hätte.

Es war charakteristisch, daß die Redner aller Parteien die Unwürdigkeit und Unhaltbarkeit der jetzt bestehenden Zustände anerkannten. Selbst der Nationalliberale Dr. Friedberg gestand ein, „daß über die Handhabung der betreffenden strafrechtlichen Bestimmungen durch die Staatsanwaltschaft allerdings in unserer Bevölkerung lebhafte Klagen bestehen. Es kann dem aufmerksamen Beobachter nicht entgehen, daß vielfach Majestätsbeleidigungen, die geradezu auf Quisquilien beruhen, vor das Forum der Gerichte gezogen werden, und ich glaube, daß eine eventuelle Reform nach dieser Richtung hin sehr zweckmäßig und wünschenswert für unsere gesamte Strafrechtspflege sein würde. Auch ich möchte mich dafür erklären, daß bei Einleitung der Majestätsbeleidigungsprozesse die vorherige Genehmigung einer höheren Instanz als maßgebend erachtet wird."

Nur die Konservativen — die Freikonservativen schwiegen — hielten die bestehenden Zustände für erträglich, höchstens die Notwendigkeit vorheriger Genehmigung zur Erhebung von Anklagen wollten sie zugestehen. Ja, die Duellpartei ging sogar so weit zu behaupten, wenn ein Gesetz häufiger wie früher übertreten werde, müsse man es verschärfen.

Der Abg. Richter kündigte an, daß bei fortgesetzten Angriffen gegen den Reichstag zu untersuchen sein würde, „ob die bisherige parlamentarische Praxis, Aeußerungen der Krone, die nicht gedeckt werden durch den Minister, wenn sie sich auf die Rechte des Reichstags und den Reichstag selbst beziehen, nicht zur Verhandlung zu stellen, unter den obwaltenden Verhältnissen noch länger aufrecht erhalten werden kann. (Sehr richtig!) Ich bin der Meinung, daß, wenn der Reichstag dazu übergeht, eine solche Aeußerung zur Diskussion zu stellen, dann die alte gute Sitte unter den fürstlichen Personen ausnahmslos alsbald wieder sich einbürgern wird, in öffentlichen Angelegenheiten, in Bezug auf andere gesetzgebende Körperschaften keine Aeußerungen zu thun, als unter der Verantwortlichkeit von den betreffenden Ministern."

Für die glatte Aufhebung der Majestätsbeleidigungsparagraphen erklärte sich außer der Sozialdemokratie keine Partei. Der freisinnige Antrag auf Ueberweisung an eine Kommission fiel ebenfalls. Immerhin waren die Erörterungen für die Regierung eine sehr verständliche Warnung, daß sie sich auf dem betretenen Wege sehr bald in vollständiger Vereinsamung befinden werde.

* * *

Noch viel entschiedener und wirksamer klang diese Warnung aus den Verhandlungen über die **Vereinsgesetzgebung** heraus. An diesem Tage war die Niederlage der Regierung eine so vollständige und vernichtende, daß später — wie üblich: nach Schluß des Reichstages — ein Ministerwechsel daraus entstand. Freilich, eine Niederlage der Regierung ist in Deutschland noch kein Sieg des Willens der parlamentarischen Mehrheit.

Die Einbringung des reaktionären Vereingesetzentwurfes im preußischen Landtag am 12. Mai veranlaßte die Vertreter der Sozialdemokratie, der süddeutschen und der freisinnigen Volkspartei, des Zentrums, der Polen und der Antisemiten, sofort das alte, im Vorjahre bereits in drei Lesungen angenommene Notvereinsgesetz zu wiederholen:

Einziger Artikel.

Inländische Vereine jeder Art dürfen mit einander in Verbindung treten. Entgegenstehende landesgesetzliche Bestimmungen sind aufgehoben.

Die erste und zweite Beratung erfolgten am 18., die dritte am 20. Mai. Die namentliche Abstimmung ergab 207 Stimmen dafür und nur 53 dagegen, bei einer Stimmenthaltung. Auch die Nationalliberalen stimmten einmütig mit der Majorität, obwohl sie vorher die Unterstützung des Antrages „aus taktischen Erwägungen" abgelehnt hatten.

Der Aerger bei den Parteien, die im Vorjahre der Zusicherung des Reichskanzlers Glauben geschenkt hatten, war ein um so allgemeinerer, als die Sozialdemokratie sich darauf berufen konnte, zu rechter Zeit gewarnt zu haben, wie der Reichstag noch seine Trümpfe in den Händen hatte. Der Abg. Lieber, den das Hauptverschulden an der unzeitgemäßen Nachgiebigkeit des Reichstages traf, äußerte sich sehr unwirsch:

„Es blieb uns nichts anderes übrig, als unseren nachdrücklichsten Widerspruch gegen diesen Versuch, ein hier im Reichstag gegebenes Versprechen in Preußen einzulösen, durch die einfache Wiederholung des damaligen Antrags zum unzweideutigsten Ausdrucke zu bringen. (Sehr richtig!) Das ist keine Demonstration, sondern das ist — gestatten Sie mir diesen hartklingenden Ausdruck — die einfachste Notwehr . . .

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970824-10/fragment/page=0001

M. H., ich komme auf diejenigen Verhandlungen im Augenblicke nicht zurück, die zur Abgabe dieses Versprechens führten gelegentlich der Beratung der Anträge Ancker und Auer über den Erlaß eines Reichsvereinsgesetzes. Dagegen habe ich meinerseits mit allem Nachdrucke zu betonen dasjenige Versprechen, welches uns gelegentlich der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuches am 27. Juni 1896 seitens des Herrn Reichskanzlers hier gegeben worden ist.

Wie war damals die Lage? Es handelte sich um die Frage, ob eine solche Bestimmung in das Bürgerliche Gesetzbuch aufgenommen, ob dadurch die verbündeten Regierungen vor die Frage gestellt werden sollten, entweder mit dem ganzen Bürgerlichen Gesetzbuch auch diese Bestimmung zu schlucken oder aber um dieser Bestimmung willen das größte nationale Werk, welches jemals den Reichstag beschäftigt hat, scheitern zu lassen. (Unruhe rechts. Sehr richtig! in der Mitte und links.) In dieser Lage wurde uns vom Herrn Reichskanzler das oft bezogene Versprechen abgegeben . .

Welchen Wert sollen unter geraden ehrlichen Männern solche in feierlicher Stunde abgegebene Zusagen noch haben, wenn sie an solchen juristischen Spitzfindigkeiten zu Bruche gehen sollen. (Lebhaftes Bravo! und sehr richtig! in der Mitte und links.) Ich kann die redliche Versicherung abgeben, daß meine politischen Freunde, dem Versprechen des Herrn Reichskanzlers vertrauend, vertrauend trotz aller Warnungen von sozialdemokratischer Seite (Zustimmung links), darauf verzichtet haben, entsprechende Bestimmungen in das Bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen, und daß wir in unserem gutem Rechte sind, die blanke Einlösung des so von uns verstandenen Versprechens nunmehr zu fordern. (Sehr wahr! in der Mitte und links.) Daß wir diese Forderung erheben in dem nämlichen Augenblick, Schlag auf Schlag und Zug um Zug, in welchem die königlich preußische Regierung den Versuch macht, die Einlösung dieses Versprechens in ihrer Art mit „Verbesserungen“ im Sinne des Herrn Staatssekretärs von Boetticher zu verbrämen, darüber sollte man sich billigerweise nicht wundern, und man sollte auch unserer Ueberzeugung nach nicht über „Demonstrationen“ schreien.“

Herr v. Stumm erklärte das freilich im Herrenhause für „einfache Heuchelei“.

* * *

Einer der ersten vorjährigen Anträge der Reichstagsfraktion ging dahin:

Der Reichstag wolle beschließen:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage bis zur nächsten Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch sämtliche landesgesetzlichen Sonderbestimmungen über die Rechtsverhältnisse der **land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes** zu ihren Arbeitgebern beziehungsweise zu ihrer Dienstherrschaft aufgehoben werden und an deren Stelle die Bestimmungen der Reichs-Gewerbeordnung treten.

Die rechtliche Stellung unseres Gesindes ist bekannt. „Einmal — führte unser Redner aus — enthalten fast alle Gesindeordnungen mehr oder weniger klar die Vorschrift, daß das Gesinde sklavenähnlich zur Befolgung aller Befehle, die die Herrschaft erteilt, verpflichtet sei. Es ist dann die besondere Ausnahmebestimmung in fast allen Gesindeordnungen enthalten, daß man Scheltworte und Züchtigungen der Herrschaft widerspruchslos, ja, einige Gesindeordnungen sagen sogar: mit Ehrerbietung und Bescheidenheit, über sich ergehen lassen müsse. Auch da, wo solches Züchtigungsrecht nicht ausdrücklich festgelegt ist, wie in der Rheinprovinz, in Frankfurt a. M., Anhalt, Baden, Württemberg, Elsaß-Lothringen, Hamburg, Hessen und auf dem platten Lande in Mecklenburg, ist hier und da durch die Rechtsprechung ein Züchtigungsrecht eingeführt. Das Bürgerliche Gesetzbuch beseitigt das zwar von 1900 an, ändert aber nichts Wesentliches, weil das Gesinde trotz der Prügel den Dienst nicht verlassen darf. Es ist eine weitere ausnahmerechtliche Bestimmung in den meisten Gesindeordnungen, daß Strafen gegenüber dem Gesinde deswegen erkannt werden können, weil es seine privatrechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllt habe der Herrschaft gegenüber. Umgekehrt besteht ein Recht, die Herrschaft deshalb zu bestrafen, weil sie ihre privatrechtlichen Verpflichtungen dem Gesinde gegenüber nicht erfüllt habe, nicht. Besonders ausnahmerechtlich ist ferner, daß Gesindedienstbücher geführt werden müssen, und daß da Führungsatteste allerlei Art hineinkommen dürfen.

Weiter wäre zu erwähnen, daß die Kündigungspflichten nicht gleich sind, daß die Kündigungsgründe mannigfaltig der Herrschaft gegeben sind, daß dem Gesinde aber in ganz seltenen Fällen das Recht gegeben ist, seinen Dienst vor der Zeit verlassen zu dürfen, daß der ländliche Arbeiter, wie man etwa ein entlaufenes Stück Vieh zurückbringt, zurückgebracht werden darf seitens der Polizei zur Herrschaft. Am wesentlichsten erscheint aber, daß endlich aufgehoben werden die Bestimmungen, welche die Koalition der ländlichen Arbeiter hindern. In dem größten Teile Deutschlands, insbesondere in dem Musterpreußen, wird das Gesinde durch strenge Strafandrohungen gehindert, seine Lohn- und Arbeitsbedingungen, seine Lebenshaltung durch Zusammenschluß mit seinen Arbeitsgenossen, mit seinen Leidensgenossen zu verbessern. Nach der Richtung hin besteht das bekannte preußische Gesetz von 1854, daß mit Gefängnis bis zu einem Jahre droht, wenn mehrere ländliche Arbeiter sich zusammenthun, sich vereinigen und öffentlich auffordern zur Niederlegung der Arbeit oder zum Zusammenschluß behufs Erlangung höherer, besserer Arbeitsbedingungen.

Nun wird immer geltend gemacht, wir müßten ein besonderes Gesinderecht haben. „Ja — frug unser Redner — wo haben Sie denn die feste Grenzlinie, wer zum Gesinde gehört, und wer nicht? Sehen Sie doch die großen Hotels, wo Dienstboten beschäftigt werden als Köchinnen, Stubenmädchen u. s. w., die doch in den Gewerbebetrieben beschäftigt sind, die sind heute der Gesindeordnung unterstellt und würden auch der Reichsgesindeordnung unterstehen. Es laufen in vielen Fällen Hausdienst und Gewerbedienst so eng nebeneinander, daß eine Trennung undurchführbar ist. Nun erst bei den landwirtschaftlichen Betrieben, die einen gewerblichen Nebenbetrieb haben, bei den Zuckerfabriken, Brennereien 2c., da finden wir, daß diejenigen Bestimmungen, die für landwirtschaftliche Arbeiter gelten, auch auf diese gewerblichen Arbeiter Anwendung finden. Daraus geht zur Genüge hervor, daß gerade in diesen Fällen ein dringendes Bedürfnis vorliegt, die bis jetzt bestehenden Gesetze zu beseitigen, einfach auch diesen Arbeitern das Koalitionsrecht einzuräumen, zumal es gerade die Arbeitgeber sind — speziell in der Provinz Sachsen ist es der Fall —, die obwohl sie wissen, daß es den Arbeitern verboten ist, von dem Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, gerade das Koalitionsrecht gegen die Arbeiter benutzen. Dort haben wir das sonderbare Schauspiel, daß die Zuckerfabrikanten sich zusammenthun und Koalitionen gegen die Arbeiter gründen und eine durch das Gesetz gegebene Waffe benutzen, wofür die Arbeiter, wenn sie sich derselben Waffe bedienen, sich Gefängnisstrafe bis zu einem Jahre zuziehen würden.“

Die Freisinnigen erkannten die Unhaltbarkeit des bestehenden Rechtszustandes an und brachten das in dem unten abgedruckten Antrag Lenzmann zum Ausdruck. Das Zentrum suchte etwas abzuwiegeln, betonte jedoch durch den Abg. Bachem auch die Reformbedürftigkeit der Gesindeordnungen.

Ganz ablehnend verhielten sich die Konservativen. Ihr Redner, der Pastor Schall, verstieg sich sogar zu Behauptungen wie die folgenden: „Diejenigen, die heute eine dominierende, ja oft tyrannisierende Stellung einnehmen, sind vielfach nicht die Herrschaften, sondern sind vielfach die Dienstboten (sehr richtig! rechts und in der Mitte), ich kann auch sagen: die Arbeiter gegen ihre Herren. Wer da anderes behauptet, kennt die thatsächlichen Verhältnisse nicht. Ich könnte Ihnen aus meinen Erfahrungen und aus meinem Kreise eine Menge von Fällen nennen, wo nicht der Herr der Züchtigende gewesen ist, sondern wo es der Dienstbote gewesen, der sich an seinem Herrn vergriffen hat. (Heiterkeit links.) In einem Nachbarort meiner Gemeinde ist es erst kürzlich vorgekommen, daß ein Knecht seinen Bauer — so viel ich weiß, ohne alle Veranlassung — geschlagen hat. Das hat den Mann veranlaßt, unmittelbar nachher sein Gehöft zu verkaufen, weil er sagt: unter solchen Umständen will ich nicht länger Besitzer sein.“

Unser Antrag wurde schließlich abgelehnt, dagegen folgender Antrag Lenzmann angenommen:

die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage baldigst einen Gesetzentwurf vorzulegen, wodurch die Rechtsverhältnisse zwischen den land- und forstwirtschaftlichen Arbeitern sowie dem Gesinde einerseits und deren Arbeitgebern andererseits reichsgesetzlich geregelt werden.

Dieser Beschluß entsprach im wesentlichen einer am 11. Dez. 1896 bereits gebilligten Resolution zum Bürgerlichen Gesetzbuch: es werde die Erwartung ausgesprochen, daß . . 2. die Verträge, durch welche sich jemand verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder ein gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen einen vereinbarten Lohn zu verwenden . . . . . für das Deutsche Reich baldthunlichst einheitlich geregelt werden.

Tagesgeschichte.

Die Ausgaben für Offizierspensionen im Reich betrugen in 20 Jahren:

1877/78—1881/82	je 49 = 245	Millionen
1882/83—1885/86	je 48 = 184	„
1886/87	 51	„
1887/88	 42	„
1888/89	 55	„
1889/90	 61	„
1890/91	 63	„
1891/92	 64	„
1892/93	 66	„
1893/94	 71	„
1894/95	 75	„
1895/96	 80	„
1896/97	 85	„

Zusammen also in 20 Jahren 1142 Millionen Mark!

Fast fünf Viertel Milliarden in 20 Jahren und eine Steigerung von fast 75 Proz.! Danach ist es nicht mehr zu verwundern, wenn selbst gut nationalliberale Zeitungen davor waren, daß man mit dem „blauen Brief“ auch fürderhin in gleicher Weise oder gar noch mehr freigebig sei.

Für die Marineverwaltung agitiert auch die Rickertsche freisinnige Vereinigung, Schulter an Schulter mit den Nationalsozialen des Herrn Naumann. Letzterer veröffentlicht mit seiner Zeit eine besondere Beilage, in der durch längere oder kürzere Striche die Stärken der verschiedenen Marinen dargestellt sind. Die Nationalsozialen geben sich also zu demselben Schwindel her, der vor den Angstwahlen von 1887 von den Kartellbrüdern versucht wurde.

Neuer Marineunfall. In der Nacht zum Sonntag ist vor Neufahrwasser die Dampfbarkasse Weißenburg vom Torpedo Divisionsboot D 1 gerannt und gesunken. Matrose Ewert und Oberheizer Savallisch ertranken.

Der internationale Arbeiterschutz-Kongreß beginnt am heutigen Montag in Zürich seine Verhandlungen. Sowohl seitens der Schweizer Bundesregierung als mehrerer Einzelkantone sind offizielle Vertreter delegiert worden. Unter den 317 Delegierten befinden sich 186 Schweizer, 50 Deutsche, 22 Franzosen, 13 Oestreicher, je 12 Belgier und Engländer, 8 Italiener, je 2 Polen, Holländer, Ungarn und Luxemburger, je 1 Spanier und Schwede. Unter den 119 Gästen befinden sich 30 Deutsche, 10 Oestreicher, 4 Franzosen und 3 Engländer. Die Kongreßbesucher setzen sich aus allen Parteien zusammen; nur darin sind alle einig, daß scharf protestiert werden muß gegen die Sozialpolitik der Stumm, Ressiguier u. Genossen. Es wird sich zeigen, ob der Kongreß sich als fruchtbar erweist. Seitens der deutschen Arbeiterorganisationen sind ziemlich zahlreiche Delegierte nach Zürich entsendet worden. Der Parteivorstand ist durch Liebknecht vertreten.

Daß die Augen größer sein können als der Magen, scheint auch bei dem geplanten internationalen Vorgehen gegen den „Anarchismus“, worunter bekanntlich die Reaktionäre die gesamte moderne Arbeiterbewegung gepackt wissen wollen, zuzutreffen. Spanien erklärt, von ihm sei die Anregung nicht ausgegangen, und die anderen Mächte wollen die Initiative nicht ergreifen, weil sie einen gleichen Mißerfolg erwarten wie bei dem Vorgehen nach der Ermordung Carnots.

Ein sehr verständiges Urteil ist von einem Amtsrichter in Dortmund gefällt worden. Wie schon an mehreren Orten die einzelnen Zahlstellen des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbands, der seinen Sitz in Bochum hat, zu besonderen Vereinen gestempelt worden sind, denen die Pflicht obliege, der Ortsbehörde das Mitgliederverzeichnis einzureichen, so war es auch im Orte Brackel geschehen. Der Vertrauensmann dieser Zahlstelle kam jedoch diesem Verlangen nicht nach und wurde deshalb verklagt. Das Amtsgericht erkannte jedoch unter Nichtberücksichtigung eines entgegenstehenden Urteils des Kammergerichts auf Freisprechung mit der Begründung, das Vereins- und Versammlungsrecht sei ohnehin schlecht genug, man brauche es nicht noch schlechter zu machen.

Die neue Universitätsleuchte, Herr Prof. Wolf aus Zürich, hat in Breslau Anstellung gefunden. Herr Wolf ist ein großer Sozialistentöter, doch hat er bislang nicht nur uns nichts geschadet, sondern selbst aus den Reihen bürgerlicher Professoren heraus sind schon vernichtende Urteile über die Oberflächlichkeit seiner Streitschriften gegen die Sozialdemokratie veröffentlicht worden. So heißt es in den Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik, herausgegeben von Prof. Conrad in Halle, in einer Kritik, die der schroffe Marx-Gegner Prof. Singer in Wien an einem Werke Wolfs übt:

. . . Die von Mißverständnissen strotzende Kritik der Marxischen Wert- und Mehrwert-Theorie offenbart gleichfalls Wolfs äußerliche und innerliche Unbekanntschaft mit Marx.

Nach dem Ausdruck weiterer Liebenswürdigkeiten, wie „gänzlich verfehlte Arbeit“, „die Flut von Denk- und Schreibfehlern“, giebt Prof. Singer seinem Kollegen Wolf folgendes Zitat aus Schopenhauers „Welt als Wille und Vorstellung“ mit auf den Weg:

Geistesarmut, Verworrenheit wird sich in die gesuchtesten Ausdrücke und dunkelsten Redensarten kleiden, um in so schwierige und pomphafte Phrasen kleine, winzige, nüchterne oder alltägliche Gedanken zu verhüllen; demjenigen gleich, der, weil ihm die Majestät der Schönheit abgeht, diesen Mangel durch die Kleidung ersetzen will und unter barbarischem Putz, Flittern, Federn, Krausen, Puffen und Mantel die Winzigkeit oder Häßlichkeit seiner Person zu verstecken sucht. So verlegen wie dieser, wenn er nackt gehen sollte, wäre mancher Autor, wenn man ihn zwänge, sein so pomphaftes, dunkles Buch in dessen kleinen, klaren Inhalt zu übersetzen.

Ein ebenso unzweideutiges Urteil über den Stummfreund Wolf fällt Prof. Sombart in Breslau, der beste Marxkenner unter den deutschen Nationalökonomen, der das Vergnügen hat, Herrn Wolf nun als Spezialkollegen zu begrüßen. Er schreibt über das erwähnte Wolfsche Buch:

. . . Ich entsinne mich nicht, in einem „gelehrten“ Buche schon ähnlich oberflächliche Causerie über die wichtigste Probleme unserer Wissenschaft gelesen zu haben. . . . Wenn man jemand widerlegen will, muß man ihn zunächst verstanden haben. Hat nun Wolf den Sozialismus verstanden? Auf diese entscheidende Frage

---

Die Zurichterin.

Ein Sittenbild aus der Berliner Mäntel-Konfektion
von Franz Held.

1] ——— [Nachdruck verboten].

In der Arbeitsstube der Witwe Schenk (Neue Friedrichstraße) saß etwa ein Dutzend junger Mädchen über ihre Nähmaschinen gebückt. Es war vormittag. Das hastige Ticken der Nähmaschinen, das Rauschen und Knistern der Stoffe, welche die Mädchen eilfertig über ihre Knie gleiten ließen, gingen durcheinander. Es waren dicke Tuchstoffe für Damen-Wintermäntel. Denn man befand sich im Anfang des Herbst und arbeitete, nachdem die Wintermode sich einmal entschieden hatte, mit aller Kraft für ein sogenanntes „Stapelgeschäft“. Das sind große Geschäftshäuser, welche ordinäre Ware in riesigen Quantitäten umsetzen. Diejenigen Geschäfte, welche für den Luxus-Geschmack feine Mäntel und Kostüme arbeiten und die Mode selbst zu machen versuchen, hatten schon im August ihren Winter-Vorrat herzustellen begonnen. Sie liefen großes Risiko, weil die Mode sich gegen sie entscheiden konnte. Die Stapelgeschäfte dagegen hatten einen sicheren Absatz, weil sie, wenn sie anfingen Hals über Kopf herstellen zu lassen, ja bereits die Mode herausspioniert hatten.

Die Mädchen sprachen fast kein Wort, nicht mehr als was zur Arbeit nötig war. Denn Witwe Schenk, die Zurichterin, war ja anwesend und vor der hatten sie einen Heidenrespekt.

„Witwe“ Schenk (diesen Titel hatte sie sich beim Herannahen reiferer Jahre aus eigener Machtvollkommenheit zugelegt), war eine hagere Fünfzigerin mit einem würdigen Fuchsgesicht. In dem Mienenspiel ihrer vergilbten Züge spiegelte sich die Mühe wieder, die sie sich gab, Wohlwollen herauszubeißen, und das gelang ihr auch recht gut. Allerdings kontrastierten mit diesem Ausdruck scharf die harten, gierigen Augen und der dünne, ränkegewandte Mund.

Sie war in ihrer Kleidung sehr schlicht und korrekt, ihr Benehmen äußerst reserviert und vornehmthuerisch. Man hätte sie für eine alte Stiftsdame halten können. Meist ging sie denn auch schwarz gekleidet.

Nach schüchternem Anklopfen trat ein junges Mädchen ein, blaß und auffällig mager. Alle Arbeiterinnen hoben flüchtig die Köpfe, senkten sie aber gleich wieder auf ihre Arbeit.

Witwe Schenk stand auf, ging der Eingetretenen entgegen und fragte, was sie wünsche.

„Ich möchte fragen, ob ich bei Ihnen arbeiten kann,“ sagte das Mädchen mechanisch, mit klangloser, matter Stimme, wie Bettelkinder, auf dem Damm neben dem Passantenstrom der Friedrichstraße aufgepflanzt, im voraus von der Erfolglosigkeit ihrer Bitte überzeugt, mit erlöschender Stimme vor sich hin zu plappern pflegen: „Schenken Se mir 'nen Sechser!“

Ihr ganzes Auftreten zeigte große Entkräftung und Abspannung. Sie sah wachsbleich aus und trug schäbige Kleider, zerrissene Schuhe, einen defekten unmodischen Hut.

Frau Schenk bemerkte das sehr mißfällig. Aber sie hatte wegen der kolossalen Bestellungen dieser Hochsaison gerade noch eine Näherin nötig.

„Was haben Sie bis jetzt gearbeitet?“ fragte sie von oben herab, mit einem taxierenden, über die ganze Person von oben bis unten hinzuckenden Blicke.

„Auch Konfektion,“ sagte das Mädchen. „Damen-Mäntel bei (sie nannte eine bekannte Firma). Aber seit vier Wochen bin ich ohne Arbeit. Das Geschäft hat eine Menge Arbeiterinnen entlassen, weil eine englische Dampfmaschine eingeführt wurde. Die schneidet und heftet mit Kurbelstich —“

„Ich weiß!“ warf Frau Schenk hin. „Lassen Sie Ihre Papiere sehen!“

Sie las aufmerksam die Schriften, die ihr das Mädchen hingereicht hatte.

„Sie heißen also Anna Schmiedtke (Anna nickte), achtzehn Jahre alt — hm, hm.“

Sie ließ einen schielenden Blick aus ihren Katzenaugen über die dürftige, unentwickelte Gestalt des Mädchens gleiten. Dann las sie für sich weiter.

„Das Arbeitsbuch sagt nichts Ungünstiges. — Schön,“ bemerkte sie nach einer Weile, während deren Anna fieberhaft gespannt ihren Gesichtsausdruck belauerte, „Sie können bei mir eintreten. Sie bekommen für den Anfang sechs Mark Wochenlohn und arbeiten täglich elf Stunden. In dringenden Fällen natürlich mehr. Sind Sie damit einverstanden?“

„Ich — ich — —“ stotterte Anna zaghaft. „Ich habe eigentlich bis jetzt immer acht und sogar neun Mark die Woche bekommen —“

„Aber Sie sagten ja doch selbst: durch die neuen Maschinen sind die Löhne heruntergegangen. Wenn es Ihnen übrigens nicht paßt — ich zwinge niemanden!“

„Doch! doch!“ beeilte sich Anna zu sagen. „Ich will ja! Ich danke Ihnen sehr!“

Frau Schenk zwang sie allerdings nicht, einzuschlagen. Aber ihr Magen zwang sie, in den seit gestern nur eine trockene Schrippe hineingekommen war.

„Na, dann nähen Sie mal was zur Probe!“ sagte die Zurichterin.

Die anderen Mädchen schielten, über ihre Schnittmuster gebeugt, prüfend nach der neuen Kollegin hinüber.

„Das is 'ne Jetriebene!“ zischelte eine fette, gemein aus grünlichen Augen dreinblickende Rotblonde ihrer Nachbarin zu: „Sehen Sie nur: Die Schatten um die Augen — na!“

„Ach nee! —“ meinte die Angeredete. „Det arme Wurm sieht bloß so verhungert aus und so verbissen — weil se nischt zu beißen hat.“

„Na, hier wird se ooch nich fett wer'n!“ flüsterte die Rote.

„Wer kann wissen — ?!“ zischelte die andere, schlau lächelnd.

„Ick meene bloß, von ihrem Lohn nich —“ schloß die Rote.

Anna hatte ihren Mantel ausgezogen. Sie setzte sich und begann die ihr von Frau Schenk zugewiesene Arbeit.

Dieselbe fiel zur Zufriedenheit aus. Sie wurde fest engagiert.

— — — — — — — — — — — — — — —

Anna war ein uneheliches Kind, die Tochter eines berühmten Professors der Chemie, der gleichzeitig Inhaber einer großen chemischen Fabrik war, und einer von diesem ausgehaltenen Kunstreiterin dritten Ranges. Ihre Mutter hatte sich bei einem Sturz vom Pferde den Hals gebrochen, als Anna fünf Jahre alt war. Seitdem wurde sie bei Pflegeeltern groß gefüttert. Denn der berühmte Vater verleugnete sie, „weil ihre Mutter vor dem Beginn der Schwangerschaft mit mehreren Männern intim verkehrt hätte.“

Die geringen Kosten für die Pflege bezahlte er aber immerhin, doch machte er zur Bedingung, daß man ihr streng verheimlichte, was ihre Mutter über seine Vaterschaft „gefaselt“ hätte. Und so geschah es auch.

Ganz unverkennbar hatte das Kind von seinem Vater große Intelligenz geerbt, und von der Mutter die eiserne, ein wildes Pferd mit einem Zaumruck bändigende Willenskraft bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970824-10/fragment/page=0002

stehe ich nicht an, mit einem ganz deutlichen „Nein“ zu antworten. . . .

Und als dritter ist Prof. Schmoller zu nennen. Er fertigt seinen Kollegen folgendermaßen ab:

„. . . Man hat das Gefühl, daß auch Wolf zu denjenigen Anti-Marxianern gehört, welche dessen System nicht so recht assimiliert (verdaut) haben . . Es grenzt an Selbstüberhebung, wenn Wolf in seiner Vorrede sagt, sein Buch entmalte die eingebendste Rechtfertigung eines dem Sozialismus entgegengesetzten Standpunktes und . . . es könnte wohl dem Sozialismus den Glauben an sich benehmen.

Wenn selbst bürgerliche Gelehrte über die Bedeutung der neuen Universitätsleuchte von Breslau so einmütig sich äußern, brauchen die Sozialdemokraten nicht zu fürchten, daß sie von dem Wolf gefressen werden.

Ludwig Schröder und Münter. Die Hoffnung, unser im Zuchthause sitzender Parteigenosse Schröder werde entlassen werden, hat sich nicht erfüllt. Die Entlassung ist auf längere Zeit „vertagt“ worden. Dagegen ist Gendarm Münter, der in dem Meineidsprozeß gegen Schröder und Genossen eine so wenig beneidenswerte Rolle spielte, pensioniert worden. Schröders Sohn hat auf seinen Antrag, es solle gegen Münter ein Strafverfahren eingeleitet werden, von Münters vorgesetzter Behörde die Antwort erhalten, die Anzeige müsse, da Münter pensioniert ist, bei der Staatsanwaltschaft zu Essen eingereicht werden. Neben Schröder wurden noch verurteilt Meyer und Brinz zu je 3½ Jahren Zuchthaus, Imberg, Beckmann und Wilking zu 3 Jahren.

Die Lebensmittelverteuerung. Ueber die Schweinesperre in Schlesien läßt sich die Sächs. Arb.-Ztg. berichten:

„Die Agitation gegen das drohende, vom Landwirtschaftsminister ausdrücklich angekündigte Verbot der Schweineeinfuhr aus Rußland wird immer lebhafter, lebhafter, als man noch vor kurzer Zeit erwarten konnte, als zwar alles schon ebenso schlimm stand, wie heute, aber niemand sich rührte. Bekanntlich dürfen gegenwärtig wöchentlich 360 Schlachtschweine aus Rußland über die Grenze gebracht werden, trotz em sind die Schweinefleischpreise hier höher, als sonst in Schlesien, sie sind in der letzten Zeit auf 70 Pf. pro Pfund gestiegen. Die schlesische Schweineproduktion kann den Bedarf nicht im mindesten decken, so daß also das völlige Verbot der Einfuhr noch eine neue, ganz bedeutende Steigerung der Preise des Schweinefleisches zur Folge haben müßte. Zwar müssen schon jetzt die schlesischen Schweine zu hohen Preisen und vor ihrer Schlachtreife gekauft werden, aber das genügt den Agrariern nicht. Die hiesigen auf den Markt kommenden Schlachtschweine wiegen durchschnittlich 150 Pfund, während die russischen durchschnittlich 352 Pfund wiegen! Das Einfuhrverbot wird mit der durch die Einfuhr erfolgenden Einschleppung der „Seuche“ begründet. Nun ist erwiesen, daß die Schweineseuche in Schlesien in den an der russischen Grenze liegenden Kreisen Kattowitz, Beuthen, Tarnowitz, Zaorze bedeutend weniger auftritt, als in den weiter im Innern Schlesiens liegenden Kreisen, doch macht das auf die Regierung keinen Eindruck.“

Auch diese Mahnung wird fruchtlos sein. Die preußische Regierung hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ohne Rücksicht auf die Interessen der Konsumenten die Grenzen völlig schließen werde.

Zu berücksichtigen ist ferner folgende Mitteilung aus Sachsen:

„Seit kurzer Zeit ist in Sachsen eine Steigerung der Preise der meistverbrauchten Lebensmittel eingetreten. Das Pfund Brot ist in den meisten Gegenden um einen Pfennig teurer geworden, das Schweinefleisch um 5 bis 10 Pf., auch die Eierpreise sind in die Höhe gegangen und da die nasse Witterung den Kartoffeln schadete, so befürchtet man auch einen hohen Kartoffelpreis. Besonders in den sächsischen Textilbezirken sind Brot und Kartoffeln die Hauptnahrung; soweit überhaupt Fleisch gegessen wird, ist es Schweinefleisch oder auch Roßfleisch. Breite Bevölkerungsschichten würden bei uns doppelt zu leiden haben, wenn steigende Lebensmittelpreise mit einer Krise in der Textilindustrie zusammenfielen.“

Die Folgen äußern sich natürlich im Anwachsen der berechtigten Unzufriedenheit der Arbeiterklasse. Dauert die Lebensmittelverteuerung an, so werden neue Streiks unvermeidlich sein. Und dann kann die offiziöse, die agrarische und kapitalistische Presse wieder schimpfen über die „von der Sozialdemokratie verhetzten“, „unverschämten“ Arbeiter.

„Unanfechtbare Demokraten.“

Von Leipzig aus geht uns folgende Zuschrift zu: Im deutschen Buchdruckerverbande werden jetzt von den Tarifverbündeten der deutschen Druckbarone Ereignisse vorbereitet, die in der Geschichte der modernen Gewerkschaftsbewegung beispiellos sind und hoffentlich ohne Nachahmung bleiben werden.

Das Verbandsorgan Correspondent, das vor wenigen Tagen die Rausreißer Vermittelung ins Luzerner Streikgebiet als den Gehilfen unschädlich erklärte, giebt nun in seiner neuesten Nummer das Signal zu einer allgemeinen Rausschmeißerei derjenigen Mitglieder des Buchdruckerverbandes, die sich zu der höheren, von dem verbündeten Unternehmertum gnädigst geduldeten Auffassung von den Aufgaben einer Gewerkschaftsorganisation noch nicht durchgehäutet haben.

Der beabsichtigte Coup ist schon länger geplant, aber er erlitt in seiner ursprünglichen Form schmählich Schiffbruch. Die von den Verbandshetzhunden auf dem Wege des Geheimzirkulars verbreitete Aufforderung, die Opposition überall hinauszuwerfen, hat nur an wenigen Orten die erforderliche Hauskechtqualifikation der Mitgliedschaften vorgefunden. Die Mehrzahl der Mitgliedschaften lehnten die Zumutung ab und gaben dem „genialsten“ Gewerkschaftsführer mehr oder minder deutlich zu verstehen, daß ihnen für so brutale Unterdrückung der zunächst wenigstens in Organisationsfragen vom Unternehmertum unabhängig sein wollenden Mitglieder noch die Einsicht und das Vertrauen in die genialen Talente des Berliner Generals fehlen.

Eine Verbandsleitung, die nur einen Tropfen demokratischen Blutes in sich hat, müßte nach dem Versuch einer so blamabel verunglückten, das ganze gegenwärtige Regime bloßstellenden Vergewaltigung einfach vom Schauplatz abtreten und so denjenigen, die für die selbständige Gewerkschaft und ihre Ueberzeugung die durch langjährige Beitragszahlung erworbenen Rechte in die Schanze schlugen, die Bahn zur freien Diskussion im Verbandsorgan ebnen.

Von Herrn Döblin und seinen Mitregenten kann das nur kindliche Naivetät verlangen. Für sie ist mit den zerknitterten Ausschlußbefehlen, die ihnen soeben die Mitgliedschaften vor die Füße zurückgeworfen haben, „keine Klarheit geschaffen“. Wir sind die „unanfechtbaren Demokraten“, rufen die Herren und hüllen sich in die Toga der Volksfreundlichkeit. „Ein höherer Faktor“ muß entscheiden. Hier unser Losungswort: die Urabstimmung!

Das Plebiscit — nach napoleonischem Rezept! Das Urteil der Versammlungsbesucher, die stets und immerdar das befruchtende Element im Gewerkschaftsleben bilden, ist den „unanfechtbaren Demokraten“ unklares Phrasengedresche, nur die Weisheit und höhere Eingebung derer, die in „fetten“, „dauernden“ oder gar „ewigen“ Konditionen ihre Ruhe um jeden Preis haben wollen, soll entscheidend sein.

Daß bei dieser Nachäfferei der von Napoleon III. praktizierten Schläue das belebende von dem rückständigen Element erdrückt werden wird, halten wir schon heute außer aller Frage. Die „unanfechtbar demokratische“ Verbandsleitung wird triumphieren, und Hunderte, vielleicht Tausende unbequeme Gegner werden ihrer Verbandsrechte beraubt werden. Kann man die Andersdenkenden leider auch nicht totschlagen, so werden sie doch wenigstens durch den Ausschluß mundtot in den Verbands-Versammlungen gemacht.

Und wie wird dieses aus dem Hinterhalt erfolgende Attentat, das der Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker die Stirn hat, als „unanfechtbar demokratisch“ zu bezeichnen, gerechtfertigt? Die Gegner der Tarifgemeinschaft haben zu Pfingsten in Leipzig eine Konferenz abgehalten und dabei beschlossen, ihren Anhängern die Zahlung von wöchentlich 10 Pf. zum Preßfonds der Buchdrucker-Wacht zu empfehlen, die es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Gemeindschädlichkeiten der von den Buchdruckern eingegangenen Tarifgemeinschaft aufzudecken und diese selbst zu bekämpfen. Aus diesem Beschlusse konstruieren die Vorstandsklique und ihre Handlanger die Gründung einer Sonderorganisation, deren Zweck die Schädigung des Verbandesinteresses sein soll.

Schmach und Schande über eine Sorte „Demokraten“, die die von ihnen gehaßte Thätigkeit der Opposition, die darauf hinauslauft, den wahren Charakter der sog. Tarifgemeinschaft gebührend an den Pranger zu stellen, in so heimtückischer, sonst nur bei maßregelnden Unternehmern gebräuchlicher Unterdrückung verhindern oder strafen wollen.

Doch es ist unnötig, noch viel Worte zur Kennzeichnung dieses in der Arbeiterbewegung beispiellosen Vorganges zu verlieren. Lassen wir die Thatsachen selbst sprechen.

Im Correspondent vom Sonnabend den **21. August 1897** wird das geplante Plebiscit zum erstenmale erwähnt, aber nur rein theoretisch behandelt, **ohne jede Andeutung darüber, wie und wann die „Urabstimmung“ vor sich gehen soll.**

Währenddessen lagert bereits bei den Gau- und Bezirksvorständen im ganzen Reiche ein in etwa 25000 Exemplaren zur Versendung gebrachtes Abstimmungsformular, das vom Vorstand des Verbandes der deutschen Buchdrucker unterzeichnet ist und das Datum des **14. August 1897** trägt. Montag und Dienstag den 23. und 24. August sollen die Mitglieder überrumpelt werden mit dem Abstimmungsformular, das an einen bombastischen Aufruf angehängt ist, durch den die Mitglieder „scharf“ gemacht werden sollen. Am Donnerstag den **26. August** soll dann nach der Anordnung des Verbandsvorstandes die **„Urabstimmung“ erfolgen.**

Dieser „unanfechtbar demokratische“ Ueberfall macht Buschkleppera alle Ehre. Er soll verhindern, daß der Attentatsplan von den Mitgliedern in Ruhe beurteilt werden kann und daß die seit Wochen zu Tage getretene, den Verbandsvorstand verurteilende Stimmung unter den Mitgliedern weiter Terrain gewinnt.

Doch weiter! In dem schon erwähnten Scharfmacher-Aufruf, der die Vergewaltigung der dem Verbandsvorstand oppositionell gesinnten Buchdrucker fordert, heißt es wörtlich:

> Wir stehen ganz skrupellosen Gegnern gegenüber, wo deren Einfluß hinreicht, giebt es keine Rücksicht. So wurde Kollege Eichler **wegen Wahrnehmung des Gewerkschaftsprinzips** in Leipzig aus dem Wahlverein ausgeschlossen und in der **Leipziger Volkszeitung** verlangt ein „sozialdemokratischer Buchdrucker“ die **Entlassung der Setzer,** die nicht auf dem **Standpunkt der Geschäftsleitung** stehen, eine Drohung, deren baldige Verwirklichung sehr wahrscheinlich ist.

Diese Behauptungen, die von symptomatischer Bedeutung für den Charakter des gegenwärtigen Vorstandes des Verbandes der deutschen Buchdrucker sind, brandmarken wir hiermit als das was sie sind, als **bewußte Lügen.** Eichler wurde aus dem Sozialdemokratischen Verein Leipzig-Ost ausgeschlossen, **weil er in seiner Eigenschaft als Vertrauensmann die Leipziger Buchdrucker aufgefordert hatte, die streikenden Bauarbeiter nicht zu unterstützen.** Und der „sozialdemokratische Buchdrucker“ warf in einem Eingesandt, das in der Leipziger Volkszeitung erschien, die Frage auf, wie lange noch die sozialdemokratische Partei ruhig zusehen wolle, daß in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung beschäftigte Buchdrucker durch **wahrheitswidrige Behauptungen** unser Parteiorgan und dessen Geschäftsleitung fortgesetzt und zum Gaudium der bürgerlichen Presse in der öffentlichen Meinung herabzusetzen suchen.

Welche Maßnahmen bei Fortdauer dieses Krebsschadens, der sich übrigens nicht allein in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung zeigt, zu treffen sein werden, das wird Gegenstand späterer Entschließung sein.

Und nun vergleiche man noch einmal den obigen Passus, mit dem der Verbandsvorstand der deutschen Buchdrucker in seinem Aufruf die Stimmungsmache gegen die Ausschlußkandidaten betreibt. Nun, auch hier gilt der Satz: Der moralische Wert einer Sache bemißt sich nach den Mitteln, mit denen sie verfochten wird.

Es ist schlimm, daß es mit der „vornehmsten“ der deutschen Gewerkschaften soweit gekommen ist, daß sie im Begriffe steht, alle Brücken, die zu der sozialdemokratischen Arbeiterschaft zurückführen, hinter sich abzubrechen.

So nimm denn, Schicksal, deinen Lauf. Die staatsmännischen Mitgliederausweisungen nach Bismarck-Puttkamerschem Muster werden herrliche Früchte tragen. Doch was verschlägt das einem „genialen“ Gewerkschaftsführer? Verlängert das Experiment doch die Dauer seiner Herrschaft. Auf wie lange, ist freilich eine andere Frage.

Parteinachrichten.

— Von der Agitation. Genosse Liebknecht sprach auf seiner Reise zum Internationalen Arbeiterschutzkongreß in Zürich, dem er mit als Vertreter der Partei beiwohnt, in einer sehr zahlreich besuchten Versammlung in Frankfurt a. M. über die politische Lage. Am Sonnabend sprach er in Basel.

— Als Reichstags-Kandidat für den 6. schleswig-holsteinischen Wahlkreis Ottensen-Pinneberg ist von der Kreiskonferenz in Elmshorn wieder Genosse A. v. Elm aufgestellt worden.

— Als Reichstags-Kandidat für den dritten braunschweigischen Wahlkreis Holzminden wurde von der Parteikonferenz zu Seesen wieder der Genosse Richard Calwer aufgestellt.

— Wegen Unterschlagung von Streikgeldern wurde der Vertrauensmann der Zimmerer für Friedrichsberg und Friedrichsfelde aus der Organisation ausgestoßen und seines Amtes als Vertrauensmann entlegt. Aus ähnlichen Gründen wurde ein Handelsmann H. aus dem sozialdemokratischen Wahlverein und der Freien Vereinigung der Händler Berlins ausgeschlossen.

— Der englische Arbeiterführer Tom Man ist in Kopenhagen eingetroffen. Er will für die Einführung des achtstündigen Arbeitstages agitieren.

Arbeiterbewegung.

Die Verhaftung der Leiter des Leipziger Maurerstreiks dauert fort. Diese Vergewaltigung ist ein Eingeständnis der Schwäche und giebt den Ausständigen noch größere Siegesgewißheit.

In der Maurerversammlung am Sonnabend ergab es sich, daß der Streik günstig wie bisher steht. 670 Maurer sind noch im Ausstand, 600 arbeiten nach alten, 900 nach neuen Bedingungen, während 1400 abgereist sind. Die Maurer werden den Streik die nächsten Wochen ohne die bewährten Leiter weiter führen. Die Unternehmer haben mit den letzten Vorgängen den letzten Trumpf ausgespielt, und die Maurer werden nicht eher anfangen, bis die neunstündige Arbeitszeit bewilligt worden ist. Es ist an der Zeit, daß die den Maurern nahestehenden Berufe das Baugewerbes und die gesamte Arbeiterschaft für die Streikenden in die Bresche treten und sie moralisch unterstützen. An Mitteln wird es den Streikenden nicht fehlen.

Dienstag, den 24. August abends ½9 Uhr findet eine öffentliche Arbeiterversammlung im Pantheon statt, in der ein Situationsbericht über den Maurerstreik gegeben und der Reichstagsabgeordnete Dr. Bruno Schönlank über die Aufgaben der Behörden in den Lohnkämpfen der Arbeiter sprechen wird.

Die Glaser in Kannstatt bei Stuttgart kündigten in den Betrieben, wo noch die 11stündige Arbeitszeit und Kost und Logis beim Meister besteht. Gefordert wird Abschaffung dieses Brauchs, ferner der Zehnstundentag und 25 Prozent Zuschlag für Ueberstunden.

Ausland.

Oestreich. In Triest wurden nach dreitägiger Verhandlung 18 Arbeiter wegen Gewaltthätigkeiten, verübt am 5. Juni gegen italienische Arbeiter in Servola, zu vier bis neunmonatlichen Kerkerstrafen verurteilt, drei freigesprochen.

Italien. In der Umgegend von Imola bei Mailand drangen Massen von Landarbeitern in die Stadt ein. Der Sindaco ließ Brot verteilen. Der Agrarstreik dehnt sich neuerdings in Oberitalien (in den Niederungen der Romagna, sowie den ländlichen Teilen der Provinzen Ferrara und Bologna) aus.

England. Zur Achtstundenbewegung der Maschinenbauer. In London haben wiederum eine Reihe Firmen bewilligt, so daß der Achtstundentag nun im ganzen von 240 in 208 Betrieben mit 15.700 Arbeitern eingeführt ist. — Ein Führer der amalgamierten Maschinenbauer hat, um eine Verständigung herbeizuführen, folgenden Vorschlag gemacht: Es soll die jetzige Arbeitszeit (9½ Stunden pro Tag) an den ersten fünf Wochentagen beibehalten werden, am Freitag soll, um die 48 Stunden voll zu machen, noch eine halbe Stunde länger gearbeitet werden; am Sonnabend an welchem Tage bisher die Werke um mittags 12 Uhr schlossen, würde dann gar nicht mehr gearbeitet werden. Daß die Unternehmer darauf eingehen, ist sehr zu bezweifeln, obgleich damit dem Einwand begegnet wird, daß bei der achtstündigen Arbeitszeit zu viel Maschinenkraft unbenutzt verloren gehe; außerdem würden am Sonnabend beim gänzlichen Ruhenlassen der Arbeit an Heizung, Licht und Maschinenmaterial erspart werden. — In dem Schiffsbauhoff von Elswick bei Newcastle wurden 700 Maschinisten, Zimmerleute und andere Arbeiter beschäftigungslos weil das Geschäft wegen der Lohnstreitigkeiten im Maschinenbaugewerbe still steht.

— Die Bauhandwerker von Manchester haben im Einverständnis mit den Unternehmern folgende Stundenlöhne festgesetzt: Maurer 80 und 90 Pfg., Steinmetzen 70 Pfg., Tischler und Zimmerer 70 Pfg. und die Maler 65 Pfg.

Lokales und Provinzielles.

Halle a. S., 23. August 1897.

* **Infolge Nichtbeachtung** bez. Mißdeutung einer Manuskriptkorrektur ist in der 2. Lokalnotiz der Sonntagsbeilage ein falsches Wort stehen geblieben. Der erste Satz des Eingesandts über die in Sebnitz erfolgte Beschlagnahme von Sammellisten für die durch die Wasserfluten geschädigten Arbeiter muß heißen:

„Diese Art und Weise zu handeln, kann man wohl nur der heutigen Strömung in der Regierung zuschreiben.“

* **In Feuilleton** der vorliegenden Nummer beginnt eine neue Erzählung, der allseitige Beachtung geschenkt werden möchte. Der Verfasser behandelt darin die Verhältnisse der Berliner Näherinnen. Es ist ein grausiges Bild, das er darin entwirft, aber nur die Wahrheit verfolgt hat, die beim vorjährigen Konfektionsarbeiterstreik aus Berlin erklangen und durch welche der Schleier weggezogen wurde von den unglaublich trostlosen und moralisch zerrütteten Zuständen in der Näherinnenbranche der weiß, daß der Verfasser nicht zu schwarz gemalt hat. Trostlos, aber leider wahr.

* **Die Einigkeit,** das neugegründete Organ der lokalorganisierten Gewerkschaften Deutschlands, enthält in seiner letzten Nummer folgende Briefkastenuotiz:

Herr Thiele, der Redakteur des Volksblattes in Halle, verwahrt sich (im Vorwärts) gegen den ihm von Genossen Kater in Berlin gemachten Vorwurf, über den Haller Kongreß entstellte Berichte gebracht zu haben. Der Ausdruck „entstellt“, wenn Herr Kater ihn gebraucht hat, wäre freilich nicht recht treffend gewesen. Die Berichte waren im verbändlerischen Sinne geschrieben und erhielten, so viel wir uns erinnern, — sie erschienen uns nicht wichtig genug, um sie aufzuheben, — hämische Angriffe gegen den Kongreß, durch die Herr Thiele sich den Verbändlern wahrscheinlich empfehlen wollte. Er hat ja von Herrn Legien auch die Anerkennung dafür erhalten. Jeder Hund bellt vor seines Herrn Haus, das ist seine Pflicht.

Was Herrn Keßler, den Redakteur der Einigkeit, zu der plumpen Anrempelung im Schlußsatze veranlaßt, wissen wir nicht. Eines Anlasses bedarf es aber auch vielleicht bei Herrn Keßler nicht. Auf ihn wirkt bekanntlich das Wort Verband wie der rote Lappen auf einen Stier. Thatsache ist, daß der Angerempelte Herrn Keßler niemals Ursache zu seiner flegelhaften Ausdrucksweise gegeben hat. Mit den im

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970824-10/fragment/page=0003

Volksblatte erschienenen Berichten über den hier stattgehabten Lokalkongreß hat Thiele nicht das Mindeste zu thun gehabt. Sie rühren von einen Berichterstatter her, der seit langen Jahren als sehr zuverlässig bekannt ist. Fast erheiternd ist es, daß Herr Regierungsbaumeister a. D. Keßler seinen Freund Kater selbst dementiert. Kater hatte in einer Berliner Versammlung gesagt, unsere Berichte seien entstellt gewesen. Keßler dagegen meint, nicht entstellt waren sie sondern „im verbändlerischen Sinne geschrieben." Und das Correspondenzblatt des Herrn Legien urteilte seiner Zeit über unsere Berichte, aus ihnen scheine hervorzugehen, daß der Redakteur des Volksblattes mit den Lokalorganisierten sympathisiere. Wer von den dreien hat nun recht? Unsere Genossen mögen übrigens aus der zuletzt angeführten Thatsache entnehmen, wie absolut aus der Luft gegriffen die Keßlersche Flegelei gewesen ist.

* **Die hiesigen Buchdrucker** sind am Sonnabend in einer allerdings sehr schwach besuchten öffentlichen Versammlung mit etwa 25 gegen 5 Stimmen über den Antrag, neue Delegierte zum Gewerkschaftskartell zu wählen, zur Tagesordnung übergegangen. Mit anderen Worten: Sie haben ihre Delegierten zurückgezogen. Wir enthalten uns, bis der ausführliche Bericht über die Versammlung uns vorliegen wird, weiterer Bemerkungen; es wird aber notwendig sein, dann den Nachweis zu erbringen, daß dem Vorgehen der Buchdrucker jeder auch nur im geringen Maße stichhaltige Grund mangelt und daß es bei der anderweiten Arbeiterschaft einen durchaus anderen Eindruck machen wird, als von den Buchdruckern wohl erwartet wird. Der in heutiger Nummer enthaltene Artikel „Unanfechtbare Demokraten", der das Vorgehen der Verbandsleitung der Buchdrucker in zwar sehr scharfer, aber dem Sachverhalt nur angemessener Weise bespricht, wird kaum dazu beitragen, den von den hiesigen Buchdruckern gefaßten Beschluß in milderem Lichte erscheinen zu lassen.

* **Uebelangebrachte Sparsamkeit.** Die Beleuchtung mehrerer Stellen der Stadt, wo gegenwärtig die Straßen aufgerissen bezw. gepflastert werden, sowie Schienen und Rohre lagern, wie beispielsweise in der Gerbersaalestraße und am Paradeplatz ist zur Zeit eine ganz ungenügende. Wenn nicht bald Abhilfe getroffen wird, dürften Unfälle nicht ausbleiben.

* **Hundstage.** Am 22. d. Mts. abends 11 Uhr 4 Min. ist die Sonne in das Zeichen der Jungfrau (150 Grad Länge) getreten. Damit haben die Hundstage ihr Ende erreicht.

* **Eisenbahnverkehr.** Die letzten durch die Hochwasser hervorgerufenen Betriebsstörungen sind laut Aushangs auf hiesigem Hauptbahnhof erst zum 23. d. Mts. durch die Wiederherstellung der Strecke Horka-Kohlfurt soweit gehoben, daß alle Züge ohne Umweg fahrplanmäßig verkehren.

* **Vermißt** wird die Karoline Theile aus Sangerhausen, welche als Dienstmädchen Jägerplatz 23 beschäftigt war.

* **Selbstmord.** In der Nähe des Trothaer Bahnhofs hat sich ein junger Landwirt, der an Verfolgungswahn litt, vom Zuge totfahren lassen.

* **In die hiesige Klinik wurden aufgenommen:** der Knecht K. Einicke aus Mohrungen (schwerer Unterkieferbruch durch Hufschlag) — die fünfjährige Margarete Großmann (Oberschenkelbruch beim Sturz von der Treppe — der Arbeiter G. Lumpe aus Porbitz (Zerquetschung beider Unterschenkel durch die Puffer zweier Lowries) — der Maurer E. Miethling (Verstauchung von Brust und Rücken infolge Sturzes von der Leiter) — der Kossathensohn Br. Schilling aus Frauendorf (schwerer Oberschenkelbruch infolge Sturzes aus der Stalluke).

* **Aus dem Bureau des Walhallatheaters.** Die sensationelle Pantomime „Mephisto" wird anderer Verpflichtungen halber übermorgen (Mittwoch) zum letztenmale von der Joseph Phoites-Gesellschaft dargestellt. Wer also diese amüsante „Sehenswürdigkeit" noch nicht kennt, der säume nicht, sich diesen wahrhaft diabolischen Wirrwarr mit seinen effektvollen Ueberraschungen anzusehen.

Weißenfels. In der Nacht vom 21. zum 22. August brannte eine dem Gutsbesitzer Herrn B. Otto gehörige Feldscheune nieder. Die Getreide-Vorräte waren versichert.

Torgau. Frau Bürgermeister Girth soll demnächst aus der Haft entlassen werden. Das sie verdächtigende Schriftstück rührt nämlich nachweislich nicht von ihr, sondern von ihrem Gatten her. Der Vater der Inhaftierten hat eine Kautionssumme angeboten.

Sangerhausen. Unzufriedenheit innerhalb der Landeskirche herrscht in Sangerhausen, Brücken und Oberröblingen. Es handelt sich um die ganz veralteten „Patronatsrechte". Wo eine Gemeinde nicht selbst Kirchenpatron ist, hat der Gutsbesitzer (oder auch der Staat) den Geistlichen zu ernennen. So auch in Brücken. Der dieser Gemeinde aber aus dem Osten zugeschickte Pfarrer gefiel ihr nicht und sie protestierte mit weit über Zweidrittel-Mehrheit. Das genügt nach dem Allgem. Landrecht, die Ernennung des Geistlichen rückgängig zu machen. Das Konsistorium tritt aber für den Mißliebigen ein.

Sangerhausen. Der Hilfs-Gefangenenaufseher Dröke ist wegen Verdachtes von Sittlichkeitsverbrechen seines Amtes vorläufig enthoben worden.

Kleine Chronik.

Ein Schadenfeuer wird von Aschersleben gemeldet. Es brannte eine Scheune des Oekonomen A. Weile mit dem Ertrage von 50 Morgen nieder.

Verunglückt ist in Ermsleben der Sattler W. Held, indem er beim Sturz vom beladenen Wagen sich eine Verstauchung des ganzen Körpers und einen Armbruch zuzog. — Hettstedt der Lehrhäuer A. Wilke aus Arnstedt, der auf Burgörner Revier durch Umkippen des Fördermagens eine starke Quetschung des linken Fußgelenkes erlitt. — Bad Kösen ein siebenjähriger Knabe, der das Treppengeländer vom zweiten Stock aus herunterrutschen wollte.

Erhängt hat sich in Memleben (Eckartsberga) der hochbetagte Auszügler G. aus Gram über den Tod seiner Gattin.

Gerichtssaal.

Strafkammer.

Halle, 20. August.

Ein sonderbares Gebaren hatten am 26. März d. J. der Zimmermann Karl Walker und der Milchkutscher Franz Bauermann, beide aus Zwintschöna und 20 Jahre alt, an den Tag gelegt, wofür sie vom hiesigen Schöffengericht wegen Körperverletzung zu je 2 Monaten Gefängnis und Bauermann außerdem noch wegen Beleidigung zu 5 M. Geldstrafe verurteilt worden waren. Am genannten Tage passierten die Angeklagten mit noch zwei jungen Leuten die Chaussee von hier nach Gröbers, wo ihnen der Postverwalter Helm auf einem Fahrrade begegnete. Die Angeklagten und ihre Begleiter waren etwas angetrunken und machten Versuche, den Radfahrer nicht durchzulassen. Als dieser dann vom Rade heruntergesprungen war, wurde er von den beiden Angeklagten wegen angeblichen Fahrens auf verbotenem Wege insultiert und angegriffen. Bauermann zog sogar seine Schnapsflasche aus der Tasche heraus und rief dem Helm zu: „Du Hund mußt jetzt saufen." Er machte Anstalten, dem Belästigten Schnaps in den Mund zu füllen und als Helm nicht trinken wollte, schlug er ihn mit der Schnapsflasche wiederholt auf den Kopf, so daß der steife Hut Helm's beschädigt wurde. Durch die Steifheit des Hutes waren die Verletzungen unbedeutend. Der Staatsanwalt beantragte Verwerfung der Berufung, und als den beiden Angeklagten nahe gelegt wurde, daß ihre Berufung aussichtslos ist, nahmen sie dieselbe zurück.

Wegen fahrlässiger Körperverletzung wurde der Geschirrführer und Müller Leopold Weise aus Trotzdorf, 23 Jahre alt, zu 20 M. Geldstrafe eventuell 4 Tagen Gefängnis verurteilt. Er war am 25. April d. J. einer Straßenpolizeiverordnung zuwider mit einem Geschirr im scharfen Trabe um eine Straßenecke gefahren, wodurch er die Witwe Wilhelmine Otto unerheblich verletzt hatte. Mit Rücksicht darauf, daß der Angeklagte gleich nach dem Geschehnis der Verletzten helfend zur Seite gestanden hatte, wurde eine verhältnismäßig niedrige Strafe verhängt.

Unser Gerichtsberichterstatter teilt uns mit, daß in dem in der Sonntagsnummer enthaltenen Bericht „Der pflichteifrige Gendarm im Amte" ein unliebsamer Druck- und Schreibfehler enthalten ist. Der betreffende Gendarm heißt Lutterbüse.

Vermischtes.

* **Telegraphie ohne Draht.** Die Versuche mit der Erfindung des Herrn Marconi, die in Spezzia angestellt wurden, sollen zu vollständig abgeschlossenen Resultaten geführt haben. Man stellte zuvörderst den rezipierenden Apparat an Bord eines in der Fahrt befindlichen Panzers auf, brachte ihn zuerst in der Kammer des Schiffsraumes und dann an der Panzerung unter. Alle abgegangenen Depeschen wurden in einer Distanz von 3200 Meter vollkommen richtig empfangen. Den folgenden Tag wiederholte man die Versuche an Bord eines Schleppers und konnte die Telegramme bis auf eine Distanz von 12 Kilometer übermitteln. Sodann nahm man eine Rumkorfsche Spule von ziemlicher Stärke und konnte mit einem 18 Kilometer entfernten Schiffe telegraphisch verkehren. Ein gleiches Resultat ist noch nie erzielt worden. Gegenwärtig waren zahlreiche Generalstabsoffiziere, Offiziere der Kriegsschule und Genieoffiziere. Die russische Regierung hatte einen Spezialdelegierten für diese Versuche abgesandt.

Aus dem Reiche.

Berlin. Verhaftung. Der Redakteur des Berliner Sozialist, Gustav Landauer, ist in Wien, wo er Vorträge halten wollte, verhaftet worden.

Berlin. Beamtenbeleidigung. Wegen grober wörtlicher und thätlicher Beleidigung eines Streckenbeamten bei Charlottenburg, der mit vollem Recht die Barriere gezogen hatte und das Fuhrwerk des 25jährigen Grafen Friedrich von Hohenthal an der Ueberschreitung der Geleise hinderte, erhielt der vorschnelle Graf 2 Monate Gefängnis und 10 Mk. Geldstrafe wegen gefährlicher Körperverletzung und Beamtenbeleidigung und der Pferdehändler Marwitz 1 Monat Gefängnis und 10 Mk. Geldstrafe.

München. Eisenbahnunglück. Der von München kommende Schnellzug Nr. 105 überfuhr heute mittag in Freilassing das Perron-Signal und geriet dem Personenzuge Nr. 877 in die Weiche. Fünf Personen des Personenzugs wurden schwer verletzt. Eine von ihnen ist bereits gestorben. Von den Insassen des Schnellzuges wurde einer leicht verletzt. Mehrere Wagen sind zertrümmert.

Quittung.

Für den Fonds des Volksblattes:

Vom Ueberschuß der Tabakarbeiter bei der Wasserfahrt 2,35 Mark.

Briefkasten der Redaktion.

H. T., Giebichenstein. Ohne nähere Kenntnis des Verhältnisses zwischen dem Verstorbenen und dem Grafen von Hohenthal läßt sich da kein Urteil abgeben. Wenden Sie sich an einen tüchtigen Rechtsanwalt.

Standesamtliche Nachrichten.

Halle, 20 August

Aufgeboten: Der Privatförster Pyka und Marie Rohde (Althof und Mansfelderstraße 52). Der Bankbeamte Voigt und Pauline Schütze (Schöneberg und Wuchererstraße 5). Der Steindrucker Bamberg und Magdalene Jung (gr. Ulrichstr. 16 und gr. Märkerstr. 17). Der prakt. Arzt Dr. med. Schlegel und Hedwig Reuß (Braunschweig und Hermannstr. 2).

Geboren: Dem Ingenieur Brenscheidt gen. Jost eine T. (Liebenauerstr. 165). Dem Zimmermann Götze ein S. (Tholuckstr. 4). Dem Schuhmachermstr. Cichoszewski eine T. (Viktoriaplatz 2). Dem Geschirrführer Zöllich eine T. (Kuhgasse 7). Dem Schlosser Kops eine T. (Ludwigstr. 26). Dem gepr. Lokomotivheizer Kirschstein Zwillinge (Berlinerstraße 31). Dem Buffetier Trommer eine T. (Meckelstr. 3). Dem Handarb. Herrmann eine T. (Unterplan 10). Dem Bahnarb. Planert ein S. (med. Klinik). Dem Eisendreher Hertel ein S. (Rathswerder 8). Dem Techniker Elker ein S. (Landsbergerstraße 66). Dem Handarb. Schenkling eine T. (Meckelstr. 16). Dem Fleischermeister Hecklau ein S. (Meckelstr. 2). Dem Kaufmann Rast ein S. (Zwingerstr. 31).

Gestorben: Der Aufseher Kaminsky, 45 J. (Klinik). Der Restaurateur Schotte, (Steinweg 33). Des Bahnarb. Knauer S., 1 Woche (Thorstr. 31). Der Postschaffner Ebel, 62 J. (Wuchererstr. 61). Des Schneidermstr. Hennig S., 3 Mon. (Jenkergasse 11). Des Arbeiter Günther S., 2 Mon. (Böllbergerweg 12).

Für die Redaktion verantwortlich: **Ad. Thiele** in Halle.

Zentral-Verband der Zimmerleute.
Zahlstelle für Halle a. S. und Umgegend.
Dienstag den 24. August abends 8 Uhr bei Streicher, kl. Ulrichstr. 36,
Mitglieder-Versammlung.
Das Erscheinen aller Mitglieder ist notwendig. **Der Lokalvorstand.**

Aus den amtlichen Bekanntmachungen.
Halle. Wegen Ausführung von Pflasterarbeiten ist die Glauchaerstraße auf der Strecke von der Schützenstraße bis zur Thorstraße von Montag den 23. August cr. ab bis zur Fertigstellung der betreffenden Arbeiten für den Fahr- und Reitverkehr gesperrt.

Soeben erschien in II. Auflage:
Handbuch
für Vereins- und Versammlungsleiter.
Zugleich ein Wegweiser für Reichstagswahlen.
Mit einem Vorwort, ausführlichem Sachregister und einem Anhang, enthaltend die für die Agitation hauptsächlich in Frage kommenden Strafgesetz-Paragraphen.
Preis 30 Pf. (Porto 3 Pf.)
Wir empfehlen den Genossen die Anschaffung des Schriftchens aufs wärmste.
Zu beziehen durch **Die Volksbuchhandlung** **Böllbergasse 1.**

Filzhüte.
Mein neuer illustrierter **Preis-Kourant modernster Filzhüte** aller Sorten wird an jeden Interessenten gratis versendet.
Meine Hüte zeichnen sich durch vorzügliche Qualität und große Billigkeit aus. Dutzendpreis bereits bei Bestellung von drei Stück.
August Heine, Hutfabrikant,
Halberstadt.

C. Hammer, **Uhrmacher,** Leipzigerstraße 42.

Taschenuhren, Nickel, 5, 6, 8 und 10 Mark.
Zylinder Remontoir Goldrand 10, 12, 14 und 16 Mark
Regulateure, 14 Tage gehend, 12, 14, 16 u. 18 M.
Wecker 2,50 Mark.
Reelle Garantie.
Versand gegen Nachnahme.

Selbstgef. Kleidersekr. f. 24 ℳ, Vertikow, Bettst., Kommode, Tische, Stühle, Sofas, bill. b. **K. Bieler,** Tischlermstr., Geiststr. 31

Brot! Brot! Brot!
Groß und kräftig, empfiehlt
Thorstraße 20.

Klavier-Unterricht
f. Erwachs. u. Kinder i. kurz. Zeit, leicht, bei tücht. Lehrer (Einzelunterr.! Woche 2mal) a 40 Pf. Anm jederz. unter X. X. Exp. d. Ztg.

Tischgäste werden angenommen bei **Hermann Dette,** Restaurant z. Anker, Mansfelderstr. 24.

Schuhmacher
zum **Ausputzen** werden noch eingestellt
Gebr. Haase, Schuhfabr., Karlstr. 13.

Walhalla-Theater.
Direktion: Richard Hubert.
Die **Joseph Phoites-Gesellschaft** (zehn Personen), Pantomimen-Darsteller, mit ihrer sensationellen Pantomime „Mephisto". — Die **Ueberle-Truppe,** Bravour Parterre-Akrobaten. — Das **Latori-Trio,** Gymnastiker am getragenen Balance-Apparat. — **Jacques Dumonts** Galerie „lebender Bilder." — Die Geschwister **Amanda** und **Hans Bellini,** Gesangs- und Tanz-Duettisten. — Fräulein **Emmy Schmitz,** Kostüm Soubrette. — Herr **Karl Baron,** Original Gesangs-Humorist und Raubtierbändiger.
Beginn 8 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Verreise ab 25. d. M.
auf 2 bis 3 Wochen.
Otto Kresse,
Naturheilkundiger.

Weißenfels.
Habe **Neustadt A.-C. Straße 8**
ein Barbier-Geschäft
eröffnet und bitte um gütigen Zuspruch.
Julius Rosenbaum
Barbier und geprüfter Heilgehilfe.

Zum Kinderfeste!
Die solidesten und billigsten
Kleider-Stoffe,
Männer- u. Kinderanzüge,
Hüte und Mützen,
Schuhwaren jeder Grösse
bekommt man bei
Hermann Böhme,
Weißenfels, Nikolaistr. 7.
Einzige Fabrik am Platze, welche ihre Fabrikate **nur** im Detail verkauft.

Schlafstelle off. Geiststr. 23, H., 2 Tr. l.

Für Magenleidende!
Allen denen, die sich durch Erkältung oder Ueberladung des Magens, durch Genuß mangelhafter, schwer verdaulicher, zu heißer oder zu kalter Speisen oder durch unregelmäßige Lebensweise ein Magenleiden, wie:
Magenkatarrh Magenkrampf,
Magenschmerzen, schwere Verdauung oder Verschleimung
zugezogen haben, sei hiermit ein gutes Hausmittel empfohlen, dessen vorzügliche heilsame Wirkungen schon seit vielen Jahren erprobt sind. Es ist dies das bekannte
Verdauungs- und Blutreinigungsmittel, der
Hubert Ullrich'sche Kräuter-Wein.
Dieser Kräuterwein ist aus vorzüglichen, heilkräftig befundenen Kräutern mit gutem Wein bereitet und stärkt und belebt den ganzen Verdauungsorganismus des Menschen, ohne ein Abführmittel zu sein. Kräuter-Wein beseitigt alle Störungen in den Blutgefäßen, reinigt das Blut von allen verdorbenen, krankmachenden Stoffen und wirkt fördernd auf die Neubildung gesunden Blutes.
Durch rechtzeitigen Gebrauch des Kräuter-Weines werden Magenübel meist schon im Keime erstickt. Man sollte also nicht säumen, seine Anwendung allen anderen scharfen, ätzenden, Gesundheit zerstörenden Mitteln vorzuziehen. Alle Symptome, wie: **Kopfschmerzen, Aufstoßen, Sodbrennen, Blähungen, Uebelkeit mit Erbrechen,** die bei **chronischen** (veralteten) **Magenleiden** um so heftiger auftreten, werden oft nach einigen Mal Trinken beseitigt.
Stuhlverstopfung und deren unangenehme Folgen, wie **Beklemmung, Kolikschmerzen, Herzklopfen, Schlaflosigkeit,** sowie Blutanstauungen in Leber, Milz und Pfortadersystem (**Hämorrhoidalleiden**) werden durch Kräuter-Wein rasch und **gelind** beseitigt. Kräuter-Wein **behebt** jedwede **Unverdaulichkeit,** verleiht dem Verdauungssystem einen Aufschwung und entfernt durch einen leichten Stuhl alle untauglichen Stoffe aus dem Magen und Gedärmen.
Hageres, bleiches Aussehen, Blutmangel, Entkräftung
sind meist die Folge schlechter Verdauung, mangelhafter Blutbildung und eines krankhaften Zustandes der Leber. Bei gänzlicher **Appetitlosigkeit,** unter **nervöser Abspannung** und **Gemütsverstimmung,** sowie häufigen **Kopfschmerzen, schlaflosen Nächten,** siechen oft solche Kranke langsam dahin. Kräuter-Wein giebt der geschwächten Lebenskraft einen frischen Impuls. Kräuter-Wein steigert den Appetit, befördert Verdauung und Ernährung, regt den Stoffwechsel kräftig an, beschleunigt und verbessert die Blutbildung, beruhigt die erregten Nerven und schafft dem Kranken neue **Kräfte** und **neues Leben.** Zahlreiche Anerkennungen und Dankschreiben beweisen dies.
Kräuter-Wein ist zu haben in Flaschen à M. 1.25 und 1.75 in **Halle a. S.** in allen Apotheken, in **Giebichenstein** in der Apotheke und in **Teutschenthal, Höhnstedt, Teicha, Wettin, Brehna, Landsberg, Delitzsch, Lauchstädt, Zörbig, Schkeuditz, Löbejün, Bitterfeld, Schafstädt, Merseburg, Mücheln, Gröbzig, Querfurt, Güsten, Schraplau, Wippra, Aschersleben, Bernburg, Dessau, Raguhn, Gräfenhainichen, Düben, Eilenburg, Allstedt, Sangerhausen, Lützen, Markranstädt, Weißenfels, Teuchern, Torgau, Wittenberg, Hohenmölsen, Droyßig, Osterfeld, Schkölen, Naumburg, Leipzig u. s. w.** in den Apotheken, sowie in allen größeren und kleineren Städten der Provinz Sachsen und der Nachbarländer in den Apotheken.
Auch versendet die Firma **„Hubert Ullrich, Leipzig, Weststraße 82"**, **3** oder mehr Flaschen Kräuter-Wein zu Originalpreisen nach allen Orten Deutschlands porto- und kistefrei.
Vor Nachahmungen wird gewarnt!
Man verlange ausdrücklich
Hubert Ullrich'schen Kräuterwein.
Mein Kräuterwein ist kein Geheimmittel; seine Bestandteile sind: Malagawein 450,0, Weinsprit 100,0, Glyzerin 100,0, Rotwein 240,0, Ebereschensaft 150,0, Kirschsaft 320,0, Fenchel, Anis, Helenenwurzel, amerk. Kraftwurzel, Enzianwurzel, Kalmuswurzel aa 10,0.

Verlag und für die Inserate verantwortlich: **Aug. Groß.** — Druck der Halleschen Genossenschafts-Buchdruckerei (E. G. m. b. H.) Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526218970824-10/fragment/page=0004